

# Der Dschidda-Prozess: Erste Hoffnung auf ein Ende des Ukrainekrieges

Von **Wolfgang Zellner**

Auf Einladung Kiews trafen sich Anfang August dieses Jahres Vertreter von 42 Staaten in der saudischen Hafenstadt Dschidda, um über die Beendigung des Ukrainekrieges zu beraten. Mit dabei waren unter anderem die G7- und EU-Staaten sowie Brasilien, China, Indien, Südafrika, Indonesien und die Türkei, nicht jedoch Russland. Das Treffen endete zwar ohne Abschlusserklärung, Einigkeit herrschte jedoch über zentrale Punkte für eine Friedenslösung, etwa die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine, und darüber, den Dschidda-Prozess fortzuführen. Damit existiert erstmals ein globales diplomatisches Format zur Beendigung eines Krieges von globaler Bedeutung.

Eine solche Initiative war umso nötiger geworden, als vieles auf einen jahrelangen Krieg hindeutet: „Es besteht die Gefahr, dass sich Russlands Krieg in der Ukraine zu einem fortdauernden Kampf über mehrere Jahre auswächst. Der Grund ist nicht nur, dass der Kampf an der Front eine mühselige Plackerei ist, sondern auch, dass keiner der Hauptakteure politische Ziele hat, die klar und erreichbar sind.“<sup>1</sup> Dazu kommt, dass die weitere militärische Unterstützung der Ukraine durch die USA angesichts des nahenden US-Präsidentenwahlkampfes und der schwankenden Haltung der Republikaner alles andere als sicher ist.<sup>2</sup>

Dieser Artikel beleuchtet die Entwicklungsstränge, die zum Treffen in Dschidda führten, die Ergebnisse dieser Konferenz und die Perspektiven, die sie eröffnet. Er untersucht ferner, unter welchen Bedingungen solche Initiativen zur Beendigung des Ukrainekrieges beitragen können.

Der politische Prozess, der im Treffen in Dschidda am 5. und 6. August mündete, resultiert aus einem Wechselspiel zwischen den Positionen der Ukraine, der G7-Staaten, der chinesischen Initiative vom Februar 2023, der Friedensinitiative afrikanischer Staatschefs vom Juni 2023 und der Positionen insbesondere von Indien und Brasilien. Dabei unterstützen die G7 die Ukraine, China unterstützt Russland, während die meisten Schwellenländer

1 Marcus Walker, Why Russia's War in Ukraine Could Run for Years, in: „Wall Street Journal“, 20.8.2023 (Übersetzungen englischsprachiger Texte durch den Autor).

2 Vgl. Andreas Ross, Washington wackelt, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 23.8.2023.

dazwischenstehen. Deshalb kommt es auf ihre Vermittlung besonders an. Die ukrainische Position ist in der „Friedensformel“ von Präsident Wolodymyr Selenskyj zusammengefasst: „1. Nukleare Sicherheit. 2. Ernährungssicherheit. 3. Energiesicherheit. 4. Freilassung aller Gefangenen und Verschleppten. 5. Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine. 6. Abzug der russischen Truppen und Einstellung der Feindseligkeiten. 7. Gerechtigkeit. 8. Schutz der Umwelt vor einem Ökozid. 9. Verhinderung von Eskalation. 10. Bekräftigung des Kriegsendes.“<sup>3</sup> Damit können aus ukrainischer Sicht Friedensverhandlungen erst dann stattfinden, wenn die russischen Truppen vom Territorium der Ukraine abgezogen sind. Kiew hat eine diplomatische Initiative zur Propagierung seines Standpunkts gestartet mit dem Ziel eines globalen Friedensgipfels.

Die G7-Staaten wiederum verabschiedeten am 12. Juli eine „Gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Ukraine“<sup>4</sup>, die vorsieht, „konkrete, bilaterale, langfristige Sicherheitszusagen und Sicherheitsarrangements“ auszuarbeiten – also Sicherheitsgarantien als zwischenzeitlichen oder dauerhaften Ersatz für eine Nato-Mitgliedschaft. Diese sollen unter anderem die Lieferung von militärischem Gerät, die Weiterentwicklung der ukrainischen Rüstungsindustrie, Ausbildung für die ukrainischen Streitkräfte und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit beinhalten. Diese Maßnahmen sollen eine künftige Aggression Russlands abschrecken. Fände ein solcher Angriff dennoch statt, würden die G7 ohne Verzug mit der Ukraine über weitere Schritte beraten. Westliche Sicherheitsgarantien stellen die notwendige, aber noch nicht die hinreichende Bedingung dafür dar, dass sich die Ukraine zu einem Friedensschluss mit dem überlegenen Gegner Russland bereifinden könnte.

### Die besondere Rolle der BRICS-Staaten minus Russland

Eine besondere Bedeutung im Ringen um die Beendigung des Ukrainekrieges kommt den BRICS-Staaten minus Russland zu: Brasilien, Indien, China und Südafrika. Diese in sich stark heterogene Staatengruppe eint ihr Bestreben, die westliche Dominanz in den internationalen Beziehungen und Institutionen zu brechen bzw. zu relativieren. Außer Russland, das auf einen langen Krieg gegen die Ukraine setzt, sind die BRICS-Staaten an dessen Beendigung interessiert, allerdings aus ganz unterschiedlichen Gründen. China unterstützt Russland („grenzenlose Freundschaft“), wenn auch nicht mit Waffen, und ist zwar an einem Sieg Russlands, aber dennoch an einem Kriegsende interessiert. Ebenso wie Südafrika und Indien hat es sich bei den drei großen Ukraine-Resolutionen der Vereinten Nationen (3/2022, 10/2022, 2/2023) enthalten, während Brasilien für die Verurteilung Russlands gestimmt hat. Südafrika unterhält traditionell enge Beziehungen zu Moskau,

3 President of Ukraine, Ukraine needs an air shield and reliable security guarantees – Andriy Yermak at the meeting of the Ukraine-NATO Commission, president.gov.ua, 25.11.2022.

4 G7, Gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Ukraine (Arbeitsübersetzung), bundesregierung.de, 12.7.2023.

die immer noch von der sowjetischen Unterstützung des Anti-Apartheid-Kampfes geprägt sind, hat aber längst angefangen, seine Politik zu diversifizieren. Indien wurde in seinem Konflikt mit China über Jahrzehnte von der Sowjetunion bzw. Russland unterstützt, rückt von dieser Allianz aber langsam ab. Brasilien steht der Ukrainepolitik des Westens am nächsten, hat die russische Invasion verurteilt, nimmt aber dennoch eine eher äquidistante Position ein. Gerade weil die einzelnen BRICS-Staaten unterschiedlich positioniert sind, bilden sie zusammen genommen ein erhebliches Potential für den Vermittlungsprozess.

### **China ohne Position – und die erste globale afrikanische Friedensinitiative**

Die chinesische Position zum Ukraine Konflikt vom 24. Februar 2023<sup>5</sup> ist im Westen zu Recht als weithin substanzlos und als Unterstützung Russlands kritisiert worden. Neben allgemeinen Prinzipien (Respekt für die Souveränität aller Staaten), die nicht auf die Ukraine angewendet werden, und einer Reihe von Gemeinplätzen (Feindseligkeiten einstellen, humanitäre Krise lösen) fallen zwei konkrete Punkte auf: Nuklearwaffen dürfen nicht eingesetzt werden und Getreideexporte sollen erleichtert werden – eine konkrete Unterstützung der mittlerweile von Russland aufgekündigten Schwarzmeer-Getreideinitiative, über die neuerdings wieder verhandelt wird. Gerade letztere Forderung stellt eine wichtige Brücke zur Interessenlage der afrikanischen Staaten dar, die einen erheblichen Teil ihrer Getreide- und Düngemittelimporte aus Russland und der Ukraine bezogen haben und nun unter Verknappung und Verteuerung leiden.

Die Inhaltsleere der chinesischen Position hat aber auch einen Vorteil: Diese kann später ohne Mühe mit Inhalt aufgefüllt und veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Im April telefonierte Selenskyj erstmals mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, im Mai empfing er dessen Sonderbotschafter Li Hui.<sup>6</sup> Die Wendung hin zu einer etwas aktiveren chinesischen Haltung markiert Lis Teilnahme an der Dschidda-Konferenz, nachdem China an einem vorbereitenden Treffen in Kopenhagen am 24. Juni noch nicht beteiligt gewesen war.

Die Friedensinitiative von sieben afrikanischen Staaten vom Juni wiederum ist schon deshalb bemerkenswert, als es sich dabei um die erste globale afrikanische Friedensinitiative handelt – ungeachtet zahlreicher ungelöster Konflikte auf dem eigenen Kontinent. Obendrein vereinen die sieben Staaten sowohl solche, die die drei UN-Resolutionen zum Ukrainekrieg unterstützten, als auch solche, die sich enthielten. Am 17. und 18. Juni besuchten die Präsidenten der Komoren, von Sambia, Senegal und Südafrika, der Ministerpräsident Ägyptens und Vertreter der Republik Kongo und Ugandas Kiew und Mos-

5 Vgl. Ministry of Foreign Affairs, the People's Republic of China, China's Position on the Political Settlement of the Ukraine Crisis, [fmprc.gov.cn](http://fmprc.gov.cn), 24.2.2023.

6 Vgl. Maksym Skrypchenko, Ukraine's Delicate Balancing Act With China, Carnegie Endowment for International Peace, 20.7.2023.

kau, um Selenskyj und Putin ihren Zehn-Punkte-Friedensplan vorzustellen, der unter anderem Folgendes enthält: Konfliktlösung durch Verhandlungen; Deeskalation des Konflikts; Anerkennung der Souveränität der Staaten im Sinne der UN-Charta; Sicherheit für alle Staaten; Getreidetransporte durch das Schwarze Meer; humanitäre Unterstützung, Freilassung der Kriegsgefangenen und Wiederaufbau.<sup>7</sup> In seiner Antwort unterstrich Selenskyj, dass er vor dem Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine nicht verhandeln könne, während Putin auf die Anerkennung der von Russland annektierten vier ukrainischen Regionen pochte und damit „die Grundannahme des Friedensplans, die Akzeptanz der international anerkannten Grenzen, infrage stellte“.<sup>8</sup>

### Russlands schwindender Einfluss in und auf Afrika

Am 28. Juli traf sich im Rahmen des 2. Russland-Afrika-Gipfels erneut eine afrikanische Delegation mit Putin. Dessen Versuch, deren Wohlwollen durch die Zusage kostenloser Getreidelieferungen an die ärmsten Staaten Afrikas zu gewinnen, traf jedoch auf Ablehnung. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa betonte: „Wir sind nicht hier, um Geschenke für den afrikanischen Kontinent zu erbitten.“<sup>9</sup> Trotz aller Freundschaftsbekundungen machte der Gipfel Russlands schwindenden Einfluss in Afrika deutlich: Statt 45 Staatschefs wie bei der Vorgängerveranstaltung 2019 in Sotschi waren nur noch 27 gekommen; das Handelsvolumen hatte sich nicht, wie in Sotschi avisiert, verdoppelt, sondern ging zurück; und Russlands Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen in Afrika liegt bei einem Prozent.<sup>10</sup> Die afrikanische Friedensinitiative hat bisher kaum unmittelbaren Einfluss auf das Geschehen, höher ist der Druck Afrikas in der Frage der Getreideexporte. Längerfristig stärkt die Initiative jedoch jene globalen Kräfte, die auf eine Beendigung des Ukrainekriegs abzielen.

Indien und Brasilien haben sich mehrfach für Frieden in der Ukraine ausgesprochen, obwohl keiner der beiden Staaten eine explizite Friedensinitiative gestartet hat. In einem Gespräch mit Putin am 16. September 2022 äußerte der indische Premierminister Narendra Modi, dass die „heutige Ära nicht die des Krieges“ sei.<sup>11</sup> Beim Treffen der G20-Außenminister im März 2023 in New Delhi arbeitete Indien auf eine gemeinsame Erklärung zum Ukrainekrieg hin, scheiterte aber. Eine deutlichere Wendung hin zur

7 Vgl. President of the Republic of South Africa Cyril Ramaphosa, in: President of Russia, Meeting with heads of delegations of African states, Vladimir Putin received heads of delegations of African states in the Constantine Palace, en.kremlin.ru, 17.6.2023.

8 Gilbert Khadiagala, An African Peace Initiative in the Russia-Ukraine War?, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, 21.7.2023.

9 President of Russia, Meeting with heads of African delegations on Ukrainian agenda. Vladimir Putin held a meeting with heads of delegations from African states on the Ukrainian agenda, en.kremlin.ru, 28.7.2023.

10 Vgl. Vadim Zaytsev, Second Russia-Africa Summit Lays Bare Russia's Waning Influence, Carnegie Endowment for International Peace, 31.7.2023.

11 Prime Minister of India, Opening Remarks by PM at the bilateral meeting with President of Russia, pmindia.gov.int, 16.9.2022.

Ukraine wurde bei einem Treffen von Modi mit Selenskyj am 20. Mai am Rande des G7-Treffens in Hiroshima deutlich. Modi sicherte Kiew Indiens Unterstützung für Dialog und Diplomatie zu, er persönlich würde alles in seiner Macht Stehende tun.<sup>12</sup> Diese Haltung führte zur indischen Beteiligung am Dschidda-Treffen. Darüber hinaus verändert der Ukrainekrieg Indiens strategisches Kalkül gegenüber seinem Konkurrenten und Konfliktpartner China. „Je länger der Krieg dauert, desto größer wird Russlands Abhängigkeit von China – und schränkt Russlands Fähigkeit und Willen weiter ein, Neu-Delhi in seiner Rivalität mit Peking beizustehen.“<sup>13</sup> Von daher versucht Indien, seine Verteidigungskooperation zu diversifizieren, und wendet sich verstärkt westlichen Partnern zu.<sup>14</sup> Besonders augenfällig ist Indiens Beteiligung an der gegen China gerichteten Militärkooperation in der „Quad“ mit den USA, Japan und Australien.

Obwohl Brasilien den UN-Resolutionen zur Ukraine zugestimmt und der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva die russische Invasion in die Ukraine verurteilt hat, ist eine gewisse Äquidistanz in der brasilianischen Haltung nicht zu übersehen. So verurteilte Lula vergangenes Jahr in einem Interview zwar das russische Vorgehen, fügte aber hinzu, dass Selenskyj mehr hätte tun können, um den Konflikt zu vermeiden. Später äußerte Lula, die USA sollten aufhören, „den Krieg zu ermuntern“.<sup>15</sup> Lula schlug vor, eine „G20 für Frieden“ zu schaffen, die in dem Konflikt vermitteln solle.<sup>16</sup> Damit trägt Brasilien zu internationalen Vermittlungsbemühungen wie dem Treffen in Dschidda bei, bleibt aber aufgrund seiner ambivalenten Haltung unter seinen Möglichkeiten.

### Ein wahrhaft globales Forum

Als sich schließlich am 5. und 6. August in Dschidda Vertreter von 42 Staaten trafen, um sich über die Beendigung von Russlands Krieg gegen die Ukraine auszutauschen, waren alle BRICS-Staaten außer Russland beteiligt, ferner die G7- und EU-Staaten sowie unter anderem Indonesien, Mexiko, Sambia, Südkorea und die Türkei. Diese wahrhaft globale Runde umfasste Staaten, die den UN-Resolutionen zur Ukraine zugestimmt, und solche, die sich enthalten hatten.

Die Konferenz von Dschidda wurde durch ein kleineres Treffen in Kopenhagen am 24. Juni vorbereitet, an dem China noch nicht teilgenommen hatte.<sup>17</sup> Die Konferenz selbst fand auf der Ebene der nationalen Sicherheitsberater

12 Vgl. Prime Minister of India, PM's meeting with President of Ukraine, [pmindia.gov.int](http://pmindia.gov.int), 20.5.2023.

13 Jacob Happymon, Can India Bring Russia and Ukraine to the Table? What New Delhi's Diplomacy Can and Cannot Achieve, in: „Foreign Affairs“, 2.8.2023.

14 Vgl. Akriti (Vasudeva) Kalyankar, Continental Drift? India-Russia Ties After One Year of War in Ukraine, [stimson.org](http://stimson.org), 9.3.2023.

15 Zit. nach: Julia Jones, Brazil's Lula pitches ‚peace coalition‘ for Ukraine, but he treads a thin line, CNN, 24.4.2023.

16 President of Brazil, In Spain, Lula defends international cooperation for solution to Ukraine war, [gov.br](http://gov.br), 26.4.2023.

17 Vgl. Copenhagen meeting helps advance Ukraine ‚peace summit‘ plan, [euractiv.com](http://euractiv.com), 24.6.2023.

statt; Deutschland war durch den außenpolitischen Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz, Jens Plöttner, und die Politische Direktorin im Auswärtigen Amt, Tjorven Bellmann, vertreten, die USA durch Sicherheitsberater Jake Sullivan und Vizeaußenministerin Victoria Nuland, China durch den Sondergesandten Li Hui. Das Treffen endete erwartungsgemäß ohne Abschlusserklärung. Interessant ist jedoch, dass sich offenbar der Schwerpunkt der Diskussion gegenüber Kopenhagen verschoben hatte: Dort hatte die Ukraine noch versucht, Selenskyjs Zehn-Punkte-Plan als Diskussionsgrundlage zu verankern, einschließlich des Abzugs der russischen Streitkräfte aus der Ukraine als Voraussetzung von Verhandlungen. In Dschidda fokussierte sich die Diskussion stattdessen auf zentrale Prinzipien des Völkerrechts wie der Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Der Zehn-Punkte-Plan und der Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine als Verhandlungsvoraussetzung wurden hingegen nicht mehr diskutiert. Die US-amerikanische Delegation traf sich mit der chinesischen, ein US-Vertreter sagte: „Es war sehr gut, die Chinesen hier zu haben.“<sup>18</sup>

### **Warum Saudi-Arabien zum Aktivposten wurde**

Erklärungsbedürftig ist die aktive Rolle von Saudi-Arabien, die nicht erst in Dschidda begann. Bereits im Februar hatte der saudische Außenminister Faisal bin Farhan Al Saud Kiew besucht, im Mai traf Selenskyj den saudischen Kronprinzen und Ministerpräsidenten Mohammed bin Salman Al Saud.<sup>19</sup> Die Motivation für das saudische Engagement liegt zum einen darin, das eigene Image verbessern zu wollen, nachdem die USA das Land beschuldigt hatten, zusammen mit Russland den Ölpreis hochzutreiben. Zum anderen verfügt Saudi-Arabien nach dem von China vermittelten Ausgleich mit dem Iran über sehr gute Verbindungen nach Peking, die hier nützlich waren. Letztlich stellt die saudische Initiative auch den Versuch dar, sich durch eigene Initiativen von den USA zu emanzipieren.

Die Dschidda-Gruppe schließt sowohl Bündnispartner Russlands als auch der Ukraine und neutrale Staaten ein. Diese große Spannweite bedeutet zugleich Schwäche wie Stärke. Schwäche, weil eine derart heterogene Gruppe große Schwierigkeiten haben wird, sich auf konkrete Positionen zu einigen. Stärke, weil das Gewicht dieser wahrhaft globalen Gruppe in einer Entscheidungssituation den Ausschlag geben kann. Derzeit markiert die Gruppe nicht viel mehr als einen Hoffnungsschimmer, doch dabei muss es nicht bleiben.

So konnte man sich beim BRICS-Gipfel am 23. August in Südafrika auf kaum mehr als die Erwähnung der afrikanischen Friedensinitiative ein-

<sup>18</sup> Laurence Norman und Stephen Kalin, With China Attending, Ukraine Peace Discussions Inch Forward, in: „Wall Street Journal“, 5.8.2023; vgl. auch: China ist diesmal in Dschidda „aktiv“ dabei, in: FAZ, 7.8.2023.

<sup>19</sup> Vgl. President of Ukraine, President of Ukraine had a meeting with Minister of Foreign Affairs of the Kingdom of Saudi Arabia, 26.2.2023; President of Ukraine, In Saudi Arabia President of Ukraine met with Crown Prince, Prime Minister Mohammed bin Salman Al Saud, president.gov.ua, 19.5.2023.

gen.<sup>20</sup> Für den G20-Gipfel Anfang September lag die Latte höher. Hier hatte sich der Vorjahresgipfel am 15./16. November 2022 klar gegen den russischen Angriffskrieg ausgesprochen: „Die meisten Mitglieder verurteilten den Krieg in der Ukraine auf das Schärfste.“<sup>21</sup> Diese Formulierung mochten die G20 auf ihrem Gipfel in Neu-Delhi nicht wiederholen. Stattdessen verweist die Abschlusserklärung auf die entsprechenden UN-Resolutionen und formuliert, dass sich die Staaten der „Androhung und des Einsatzes von Gewalt zur Erzielung territorialer Gewinne“<sup>22</sup> enthalten müssten. Die Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen sei unzulässig. Diese Formulierung, die Russland nicht direkt verurteilt, war von Indien, Brasilien, Indonesien und Südafrika vorgeschlagen worden. Ferner unterstreicht die Erklärung die Bedeutung der russischen und ukrainischen Getreide- und Düngemittelimporte.

### Unter welchen Bedingungen ist ein Friedensabkommen möglich?

Unter welchen Bedingungen können nun politische Initiativen wie der Dschidda-Prozess zu einem Friedensschluss beitragen? Um dies abzuschätzen, ist es nötig, die Kriegsziele der Parteien, die Interessen ihrer wichtigsten Verbündeten und das Kriegsgeschehen selbst einzubeziehen.

Äußerungen aus der russischen Führung zu den Kriegszielen der Russischen Föderation sind höchst ambivalent. Mal ist die Rede davon, dass man mit den vier Bezirken im Osten zufrieden wäre. Ein andermal klingt an, dass man doch lieber die ganze Ukraine beseitigen würde. Was jeweils in den Vordergrund tritt, scheint vom Kriegsverlauf abhängig zu sein. Unstrittig ist, dass dem Besitz der Krim höchste Bedeutung beigemessen wird. Unabhängig von den genauen Kriegszielen setzt die russische Führung auf einen langen Krieg, da sie glaubt, der Westen werde früher oder später umfallen.

Bis vor kurzem war klar, dass das Kriegsziel der Ukraine darin bestand, zu den international anerkannten Grenzen von 1991 zurückzukehren. Ende August äußerte Selenskyj jedoch: „Wenn wir an den Verwaltungsgrenzen der Krim sind, dann denke ich, dass man politisch die Demilitarisierung Russlands auf dem Territorium der ukrainischen Krim erzwingen kann.“<sup>23</sup> Wenn dies mehr ist als ein Gedankenspiel oder eine Geste an jene (starken) Kräfte im Westen, die eine Rückeroberung der Krim als aussichtslos oder zu gefährlich erachten, dann wäre es in gewisser Weise eine Rückkehr zum sogenannten Istanbul-Kommuniqué vom März 2022, das den Status der Krim über 15 Jahre offenhalten wollte.<sup>24</sup>

20 Vgl. XV BRICS Summit, Johannesburg II Declaration, thepresidency.gov.za, 23.8.2023.

21 Bali-Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G20, Bali, Indonesien, 15.-16. November 2022, www.bundesregierung.de.

22 G20 New Delhi Leaders' Declaration, mea.gov.in, 9.9.2023.

23 Florian Hassel, Selenskijs Gedankenspiele zur Krim, in: „Süddeutsche Zeitung“, 28.8.2023; vgl. auch Konrad Schuller, Will Selenskyj verhandeln?, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 10.9.2023.

24 Vgl. Wolfgang Zellner, Frieden in der Ukraine: Der lange Weg zu Verhandlungen, in: „Blätter“, 4/2023, S. 89-98.

Russlands wichtigster Verbündeter, China, steht vor einem Dilemma. Einerseits hat China ein sehr starkes Interesse an einem Sieg Russlands oder zumindest an etwas, was man als Sieg verkaufen kann. Eine Niederlage Russlands wäre auch eine Niederlage Chinas. Andererseits hat China kein Interesse an einem immer längeren Krieg, der seine Beziehungen zu den Schwellenländern belastet, Stichwort: Getreideexporte. Auch das Prinzip der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten, das China im Allgemeinen so hochhält, wie es dies im Falle der Ukraine missachtet, spielt eine Rolle. Insofern muss China zumindest den Anschein erwecken, für eine Beendigung des Ukrainekrieges einzutreten.

### **Die Lage zur Jahreswende 2024/2025 wird entscheidend sein**

Der wichtigste Verbündete der Ukraine sind die USA; selbst bei größter Anstrengung wären die Europäer nicht in der Lage, den US-Anteil an der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine zu ersetzen. Insofern ist der Ausgang der US-Präsidentenwahlen Ende 2024 der größte unbekannt, aber entscheidende Faktor. Ein Sieg von Donald Trump oder eines anderen Republikaners würde das Bild schlagartig verändern. Ein Ausbleiben oder eine substanzielle Kürzung der US-Hilfe für die Ukraine birgt die Gefahr eines schlechten, erzwungenen und aller Wahrscheinlichkeit nach brüchigen Waffenstillstands, der es Russland erlauben würde, unter günstigeren Bedingungen jederzeit wieder loszuschlagen. Russland wird den Krieg daher keineswegs beenden wollen, bevor der Ausgang der US-Wahlen feststeht.

Trotz bemerkenswerter Erfolge im Süden hat die ukrainische Sommeroffensive bisher nicht die erwarteten Ergebnisse – einen Durchbruch zum Asowschen Meer – erzielt. Die größte Gefahr für Russland besteht darin, die Krim zu verlieren. Dies wäre nicht erst dann der Fall, wenn Russland das Territorium als solches einbüßt, sondern schon dann, wenn die Ukraine in der Lage wäre, die Krim dauerhaft militärisch zu bedrohen. Bei einer Rückeroberung der Küste des Asowschen Meers wäre dies der Fall. Deshalb ist dieses Ziel von überragender Bedeutung, nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Bereitschaft Russlands, ernsthafte Verhandlungen einzugehen. Eine nachhaltige militärische Bedrohung der Krim durch die Ukraine, verbunden mit der Bereitschaft Kiews, auf eine entmilitarisierte Krim zu verzichten, könnte der Ausgangspunkt für ernsthafte Friedensverhandlungen sein. In einer solchen Situation könnte eine globale Friedenskongfiguration wie die Dschidda-Gruppe für den entscheidenden Schub sorgen, tatsächlich zu verhandeln. Das aber wird nur funktionieren, wenn China (hinter den Kulissen) Russland drängt und der Westen die Ukraine.

Ende 2024, Anfang 2025 stehen wichtige Weichenstellungen an, die auch über die künftigen Verhandlungsperspektiven entscheiden werden. Bis dahin sollte die Ukraine die Kontrolle über die Küste zurückerlangt haben. Der Westen sollte ihr alle Mittel zur Verfügung stellen, die sie dafür braucht.